



CORONA sofort beenden Wir machen da nicht mehr mit!

Daß die ursprünglichen Ansagen mit dem „gefährlichsten Virus der Welt“ hart mit der Realität kollidieren, fällt schon auf, nur wird dem Gehorsam mehr Beachtung geschenkt wie der gesetzlichen Grundlage der Verordnungspolitik.

Um es vorweg zu nehmen, die zur Zeit politisch agierenden BRD-Kräfte sind Verbrecher.

Und sie sind in der Minderheit, und damit die Mehrheit keine Zeit findet sich seiner Überzahl und der rechtlichen Verletzungen durch die Staatskanzlei/Landesregierung MV bewußt zu werden, wird die Bevölkerung mit der fiktiven Pandemie jeglicher Rechte beraubt und handlungsunfähig gestellt. Die völlige Entrechtung am Leib und der Verlust des Schutzraums „Wohnung“ erfolgt über die Quarantänemaßnahmen. Verhaftung, Einweisung, medizinische Zwangsmaßnahmen bis hin zum tödlichen Fangschuß sind die Folge.

Fakt ist, daß mit einem PCR-Test keine Infektion diagnostiziert werden kann. Daraus resultiert, das die PCR-Test-Aussage „Positiv“, ein Indikationsmerkmal der Testsubstanz bestätigt, nicht mehr und nicht weniger. Die politisch rechtswidrig durchgeführte Assoziation von „Positiv“ gleich „Infiziert“ entbehrt jeder wissenschaftlichen Evidenz einer Infektion. **Die über eine Vielzahl an Test generierten falschpositiven „Infizierten“, suggeriert eine fiktive Pandemie.** Die Haftungsfrage der aus dieser Täuschung entstandenen Schäden ist zu klären.

Der Bürgermeister soll einen PCR-Test vorlegen der eine diagnostische Zulassung hat.

Hinzu kommt, daß die Verordnungspolitik selbst rechtswidrig ist.

Konfrontieren Sie den Bürgermeister mit den 2 Sachverhalten, die die rechtswidrige Basis der Pandemiepolitik bilden und bestehen auf eine Stellungnahme und Klärung.

Weisen Sie den Landrat, Bürgermeister oder Abgeordneten darauf hin, daß die Verordnungen ihre Rechtskraft durch die unterschriebene Ur-Schrift der Verordnung erhalten.

a) Fehlen diese Unterschriften oder sind diese rechtsunwirksam geleistet, ist diese Verordnung nicht rechtsfähig und erfüllt die o.g. Bedingungen des Verwaltungsverfahrensgesetz § 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes.

Anmerkung:

Die durch die Staatskanzlei veröffentlichten Verordnungen sind gemäß dem Justizministerium MV ohne Unterschrift rechtswirksam, wenn die Ur-Schrift, das Original dieser Verordnung rechtswirksam unterschrieben wurde. Und genau diese Ur-Schrift der jeweiligen Verordnung wird nicht öffentlich zugänglich gemacht.

b) Durch das Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz, Artikel 3, Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen ergibt sich eine Nichtigkeit der Verordnungspolitik per se.

Hier dürfen die Bürger, die von dem Corona-Gedudel die Schnauze voll haben, den Bürgermeister in seiner Argumentationslinie unterstützen.

Verweigert der Bürgermeister sich der berechtigten Forderung, ist umgehend die Gemeinde flächendeckend zu informieren, daß der Bürgermeister die rechtswidrige Politik umsetzt und es billigend in Kauf nimmt, daß berufliche Existenzen zerstört werden und die Freiheit der Bürger einer kriminellen Politik geopfert wird.

Dafür gibt es 3. Optionen

1. Das Amtsenthebungsverfahren, was im Regelfall mehrheitlich von den Ratsmitglieder

durchgeführt wird. Es ist zu erwarten, daß die Ratsmitglieder sich diesem Antrag verweigern. Außer die sind so fit, daß sie erkennen, daß sie selbst alles verlieren werden. Der Bürgermeister scheidet am selben Tag aus, wie der Antrag beschlossen wurde.

Ideal wäre es, wenn der Bürgermeister seine Eier wiederfindet und sich auf die Seite der Bürger stellt, das wäre dann ein unschlagbares Team, das auch von der Staatskanzlei nicht gekapert werden kann. Die Pandemiepolitik wäre sofort beendet und die Selbstständigen können sofort wieder arbeiten.

2. Das Bürgerbegehren, das etwas zeitaufwendiger ist, aber genauso wirksam, wenn die Bürger einmal verstanden haben, wer tatsächlich die Macht in der Gemeinde hat. Wichtig dabei ist, daß es durch eine umfangreiche Information der Bürger innerhalb der Gemeinde betrieben wird, die Kommunikation muss über

den gesamten Zeitraum am laufen sein. Ebenso ist die Information anderer interessierter Gemeinden hilfreich.

Die beiden o.g. Optionen sind für die noch reformwilligen BRD-Systemgläubigen, die das Verbrechen der Politiker in seiner ganzen Tragweite noch nicht erfassen konnten. Alle drei genannten Optionen sind legale Vorgehensweisen und sind ausschließlich durch den engagierten Einsatz der Bürger erfolgreich durchzuführen.

3. Für diejenigen Bürger, die eine schnelle Lösung mit militärischer Begleitung wünschen, ist das Ländereinführungsgesetz maßgebend. Per Volksinitiative wird der Bürgerwille zur Geltung gebracht und über die US-Schutztruppen durchgesetzt. Kurz und knapp.

QR-Code zum Artikel „Update für MV - Die Pandemie-Schwurbler steuern auf den Bürgerkrieg zu“ mit weiteren Links zu den gesetzlichen Grundlagen



QR-Code zum Artikel „ICH WILL - Mecklenburgs Schlüssel - Der einfachste Weg in die Freiheit“ mit dem Ländereinführungsgesetz



Stimmzettelannahme nach Postleitzahlen im QR-Code



IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

VOLLDRAHT

Redaktionsleitung
Jörn Baumann
Gleviner Straße 29
18261 Güstrow

Postanschrift
Postfach 1150
18461 Güstrow

0176-49430281
info@volldraht.de
www.volldraht.de
Verlegerin
Janet Timm

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke